



# Rundbrief

Juli 2022

**WE STAND WITH UKRAINE**

**МИ З ВАМИ УКРАЇНА**

Liebe Leserin, lieber Leser

**Es herrscht Krieg in Europa**, nachdem die Russische Föderation am 24. Februar 2022 mit grossen Truppenverbänden in der Ukraine einmarschiert ist. Die Schweizerische Helsinki Vereinigung ist erschüttert über die eklatante Verletzung des Völkerrechts und der Prinzipien der Helsinki-Schlussakte sowie zahlreicher in den letzten knapp 50 Jahren im Rahmen der OSZE vereinbarten Grundsätze und wir beklagen das enorme menschliche Leid, das täglich entsteht. Die SHV hat zusammen mit vielen NGOs aus anderen OSZE-Staaten eine **Erklärung der CSP gegen den Krieg** unterzeichnet. Sie finden sie zu Beginn dieses Rundbriefs.

Franziska Rich und ich haben im Mai 2018 die Ukraine bereist und Alexandra Romantsova, Geschäftsführerin des Centre for Civil Liberties CCL besucht (vgl. Reisebericht im SHV-Rundbrief vom Juni 2018); eine im jetzigen Rundbrief wiedergegebene Foto entstand damals – ein Kontrast zu den schlimmen Bildern, welche wir seit Wochen täglich erhalten. Lesen Sie im Bericht von **Franziska Rich**, was die **Menschenrechtsorganisationen in der Ukraine** gegenwärtig tun – neben konkreter Hilfe an Betroffene. Zu den Forderungen der NGOs gehört, dass die Verletzungen des Kriegsrechts und der Menschenrechte von internationalen Institutionen untersucht und dass Kriegsverbrecher bestraft werden. **Elisabeth Baumgartner**, Dozentin für Völkerstrafrecht an der Uni Luzern, erläutert, was das Strafrecht beitragen kann und wo seine Grenzen sind. Relativ kurz nach Kriegsbeginn hat die SHV und die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik den früheren OSZE-Generalsekretär **Botschafter Thomas Greminger** zu einer öffentlichen Veranstaltung nach Bern eingeladen. Greminger äusserte sich vor allem zur mittelfristigen Perspektive: eine **europäische Sicherheitsordnung** ist nicht ohne die Atommacht Russland zu haben. Dafür müssen gerade im Rahmen der OSZE Dialogräume wiederaufgebaut und vertrauensbildende Massnahmen erneuert werden. Bis dahin ist es allerdings ein weiter Weg.

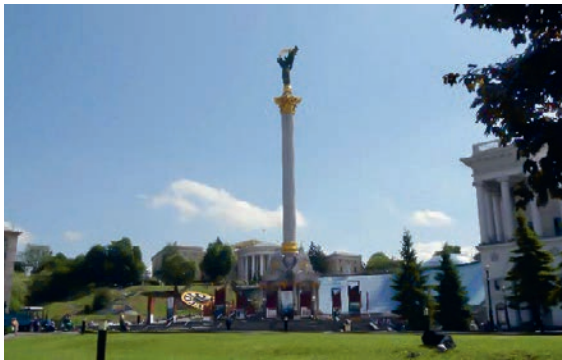
Neben der Ukraine befassen wir uns auch mit dem Westbalkan. **Simon Dousse** von der SAJV setzt die Berichterstattung fort über das Projekt **«We make Democracy!»**.

Christoph Lanz, Präsident

# STELLUNGNAHME DER CIVIC SOLIDARITY PLATFORM ZUM UKRAINE KRIEG

25. Februar 2022

**We, the undersigned members of the Civic Solidarity Platform, an international coalition of civil society organisations from the countries of the OSCE area, deplore Russia’s aggression against Ukraine in strongest terms and urge the OSCE executive bodies and all OSCE participating States to act on their condemnation of Russia’s invasion of Ukraine—a brazen violation of the Minsk Agreements, OSCE commitments, the Council of Europe obligations, UN obligations, and numerous international norms. The future of Europe and the entire world is at stake, and a united, immediate, and strong reaction is required.**



Majdan-Platz in Kyiv, Aufnahme 2018 Bild: Franziska Rich

We thank the OSCE leadership and participating States for their condemnation of the Russian invasion of Ukraine. As the OSCE Chairman-in-Office Zbigniew Rau and OSCE Secretary General Helga Maria Schmid stated on February 24, 2022,

“We strongly condemn Russia’s military action against Ukraine. This attack on Ukraine puts the lives of millions of people at grave risk and is a gross breach of international law and Russia’s commitments. We call for the immediate cessation of all military activities.”

(...)

We, civil society representatives, cannot and will not stand on the sidelines. In solidarity with our Ukrainian colleagues and the people of Ukraine, we put forward the following demands to OSCE participating States and all other concerned states:

1. The immediate establishment of maximum economic sanctions against Russia, including disconnecting the country from SWIFT and a total trade embargo;
2. Blocking assets and immediately initiating travel bans, including denial of visas, for Russian officials and their family members;
3. Blocking assets and immediately initiating travel bans, including denial of visas, for Russian oligarchs and their family members;
4. The provision of immediate large-scale financial and humanitarian assistance to Ukraine;

5. Support Ukraine with everything necessary to allow it to preserve its independence and territorial integrity, and resist the aggression.

In his statement announcing Russia’s invasion of Ukraine, President Putin threatened the rest of the world in the event of intervention in defence of the Ukrainian people. We do not bow to this threat, and no one should. This cannot stand. We urge all OSCE participating States to continue to speak and decisively act against this aggression and the violation of Ukraine’s sovereignty. The future of Ukraine, Europe, and, indeed, the world, depends upon our solidarity and concrete action to condemn and stop Russia’s unprecedented violations of international norms and the sovereignty of Ukraine. The war must be stopped by strong, immediate, and united international action!



Zerstörte Häuser in Charkiv nach Bombenangriff vom 14. März 2022 Bild: Wolfgang Schwan, Lizenz: cc by-nc-sa/3.0/de

Let us reiterate: This act of aggression by Russia, despite being an OSCE participating State, constitutes a grave breach of its obligations under international law and fundamental OSCE principles and is fully incompatible with its participation in the OSCE itself.

In solidarity with the people of Ukraine,

List of organisations supporting the statement:

*Die Liste ist einsehbar unter: <https://civicsolidarity.org/article/1867/csp-statement-regarding-russias-war-against-ukraine>*

## UKRAINISCHE MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN IM KRIEG

**Der 24. Februar 2022 hat die ukrainischen Menschenrechtsorganisationen vor eine völlig neue Situation gestellt. Nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine begannen sich Informationen über Kriegsverbrechen und Gräueltaten an der Zivilbevölkerung durch russische Soldaten zu häufen. Diese sollen untersucht und dokumentiert werden, um nationale und internationale Organisationen und Institutionen zum Einschreiten zu bewegen. Ausserdem sind es wichtige Grundlagen für nationale und internationale Gerichtsverfahren.**

Eine erste Antwort der Menschenrechtsorganisationen war die Reaktivierung ihrer Freiwilligeninitiative Euromaidan SOS. Wie Oleksandra Matviychuk, die Vorstandsvorsitzende der Organisation Centre for Civil Liberties (CCL) und Koordinatorin der Freiwilligeninitiative berichtete, entstand diese 2013 während der friedlichen Studentenproteste auf dem Maidan in Kyiv. Euromaidan SOS dokumentierte die Gewalttaten und Verhaftungen durch die damalige ukrainische Regierung des Präsidenten Janukowitsch. Sie unterstützte zudem die verfolgten Aktivisten mit juristischer Hilfe. Nach dem Ende dieser aktiven Phase befasste sich Euromaidan SOS während Jahren mit dem Monitoring von Menschenrechtsverletzungen auf der Krim und im Donbass.

Dank dem Einsatz von Freiwilligen aus verschiedensten Organisationen ist es heute laut Matviychuk möglich, eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen. Dazu gehört beispielsweise die Arbeit mobiler Gruppen an Orten von Kriegsverbrechen, um diese zu dokumentieren und zu verifizieren. In Vorbereitung ist eine detaillierte Dokumentation zuhanden der OSZE mit Zeugenaussagen von Opfern russischer Kriegsverbrechen. Eine kostenlose Hotline zur Beratung und der Beantwortung von Fragen aus der verängstigten Bevölkerung ist eingerichtet. Euromaidan SOS bietet im Internet einen Fragebogen an, der bei Beobachtungen von Kriegsverbrechen und Verschleppungen ausgefüllt werden kann. Auf diese Weise werden neben Zeugenaussagen von Opfern auch mögliche andere Menschenrechtsverletzungen erfasst und sie können überprüft werden. Eine Datenbank erfasst unrechtmässige Verhaftungen und gewaltsame Verschleppungen von MenschenrechtsaktivistInnen in den besetzten Gebieten. Euromaidan SOS arbeitet mit russischen Menschenrechtsorganisationen zusammen mit dem Ziel, die Rückführung von Zehntausenden nach Russland evakuierter Ukrainerinnen und Ukrainer zu ermöglichen und zu beschleunigen. Zusammen mit der Initiative „Ein Tribunal für Putin“ wird das Konzept eines Strafverfahrens vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen den russischen Präsidenten und eine nach Stunden erfasste Chronologie des Kriegsgeschehens verfolgt. Euromaidan SOS setzt sich auch für die Anpassung der ukrainischen Strafgesetzgebung an die internationalen humanitären und strafrechtlichen Normen an.

Wichtigster Ansprechpartner der ukrainischen Menschenrechtsorganisationen auf internationaler Ebene ist die OSZE, die für die Ukraine den sog.



Pre-Event für den Moskauer Mechanismus Bild: ccl.org.ua

„Moskauer Mechanismus“ aktiviert hat. (Der „Moskauer Mechanismus“ wurde 1991 an einer Ministerkonferenz in Moskau von allen Teilnehmerstaaten geschaffen. Er ermöglicht – im Gegensatz zur sonstigen Notwendigkeit des Konsenses aller Staaten – einer qualifizierten Minderheit von wenigstens 10 Staaten, beim Verdacht schwerer Menschenrechtsverletzungen Experten zu beauftragen, die Menschenrechtssituation zu untersuchen und den Organen der OSZE Bericht zu erstatten sowie Massnahmen zu empfehlen.) 45 der 57 Teilnehmerstaaten haben im März 2022 beschlossen, dass die OSZE untersuchen soll, wie der Einmarsch der russischen Armee und das Kriegsgeschehen die Menschenrechtssituation und die humanitäre Situation der ukrainischen Bevölkerung in den international anerkannten Grenzen des Landes beeinflusst. Bei einem Pre-Event mit ukrainischen Menschenrechtsorganisationen vor einem weiteren Treffen der OSZE-Staaten zur Menschlichen Dimension am 16. Mai 2022 forderte Alexandra Romantsova, die Geschäftsführerin von CCL, dass die Arbeitsmethoden des Moskauer Mechanismus neu strukturiert werden. Das Ziel sollte ihrer Meinung nach sein, den OSZE-BerichterstellerInnen genügend Zeit und qualifizierte Fachleute für ein umfassendes Monitoring aller Aspekte der militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine zur Verfügung zu stellen.

Die CCL organisierte am 16. Juni 2022 mit anderen ukrainischen Menschenrechtsorganisationen eine öffentliche Veranstaltung, bei der es ebenfalls um Fragen einer international überzeugenden Dokumentation russischer Kriegsverbrechen ging. Bei der Eröffnung fragte Oleksandra Matviychuk: „Arbeiten wir für die Geschichte oder arbeiten wir daran, Straftäter vor Gericht zu bringen?“ Sie erwähnte in diesem Zusammenhang, dass Sicher-

heitsdienste und Polizei in der Ukraine bereits 16'000 Verfahren gegen russische Militärangehörige eingeleitet hätten. Diese sollten nicht einfach Geschichte bleiben, sondern weitergehende Konsequenzen für Russland haben.



O. Matviychuk am Mikrophon bei der Veranstaltung v. 16. Juni

Bild: ccl.org.ua

In dieselbe Richtung argumentierte Oleksandr Pavlichenko, Direktor der Ukrainischen Helsinki Vereinigung: „Wir arbeiten mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammen, wir hatten kürzlich ein Treffen mit Staatsanwalt Karim Khan. Dieser Krieg findet praktisch live statt, es gibt viele Beweise und Zeugenaussagen, die als Beweisgrundlage für Kriegsverbrechen akzeptiert werden müssen.“

„Das Ausmaß der Verbrechen ist so groß, dass es einfach unmöglich ist, alle zu untersuchen“, beklagte Yevhen Zakharov, der Leiter einer Menschenrechtsgruppe von Charkiv. Er erinnerte daran, dass es seit 2014 bereits eine Datenbank gibt, die rund 16'600 Menschenrechtsverletzungen und 22'000 Sachbeschädigungen oder Zerstörungen von Wohngebäuden in den Regionen Donezk und Lugansk erfasst hat. Hinzu kommt jetzt die Dokumentation der massiven Gewalttaten in Charkiv, Mariupol, Kyviv und an vielen anderen Orten in der Ukraine.

Ein „Archiv des Krieges“ wollen die Mitarbeitenden des Internationalen Dokumentarfilm-Festivals über Menschenrechte (Docudays UA) schaffen. Sie sammeln Video- und Audioaufnahmen von Ereignissen, die während des Krieges stattfinden. Diese Aufnahmen können auch als Beweismaterial bei Strafverfahren dienen. „Die Welt muss die Wahrheit erfahren und wir müssen darüber reden“, so der Aufruf von Maria Buchelnikova.

Trotz ihres grossen und professionellen Einsatzes bleibt bei den ukrainischen Menschenrechtsorganisationen die Antwort auf die Frage offen, ob sie mit ihrer Arbeit auf nationaler und auf internationaler Ebene den Zehntausenden von Opfern gerecht werden können.

Franziska Rich

## MAYBE LESS PROSECUTORS AND MORE PSYCHOLOGISTS SHOULD BE SENT TO THE UKRAINE?

Artikel Elisabeth Baumgartner, Résumé Christoph Lanz:

**Die Autorin beschreibt, dass bereits verschiedene internationale Institutionen begonnen haben, Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts in der Ukraine zu untersuchen. So wichtig und nötig strafrechtliche Ermittlungen sind, man sollte die Chancen realistisch einschätzen, diejenigen Personen vor Gericht zu bringen, welche die grösste Verantwortung für Kriegsverbrechen tragen. Ausserdem können strafrechtliche Verfahren die Opfer erneut traumatisieren. So stellt sich die Frage, ob eher weniger ErmittlerInnen und dafür mehr PsychologInnen in die Ukraine entsandt werden sollten. Jedenfalls mittelfristig gibt es bedeutende andere Verfahren, welche zu einer Versöhnung führen können, wie Wahrheitskommissionen, Entschädigungsleistungen, Erinnerungsarbeit, institutionelle Reformen.**



Bild: © Ukrayinska Pravda, 2022

There is a very strong focus on criminal investigations to deal with the atrocities committed in the Ukraine. The ICC initiated investigations in March 2022<sup>1</sup> and joined forces with a combined investigation team coordinated by the European Union Agency for Criminal Justice Cooperation, Eurjust.<sup>2</sup> Further, the United Nations Human Rights Council established the UN Independent International Commission of Inquiry on Ukraine to “investigate all alleged violations and abuses of human rights and violations of international humanitarian law”.<sup>3</sup>

The WHO documents attacks on health facilities<sup>4</sup> and a myriad of national and international NGOs are also involved in the documentation of international crimes.<sup>5</sup>

Obviously, criminal accountability for heinous crimes is an important part of dealing with the consequences of an armed conflict and the right to justice is hugely important for victims and the society as a whole. It is also a state obligation under international law to prosecute perpetrators of international crimes.<sup>6</sup> However, it is not the only way to deal with those consequences and the rather one-sided approach to dealing with the conflict in Ukraine seems problematic from a transitional justice perspective for a number of reasons.

Taking into consideration the experience of international judicial mechanisms in other contexts one should be honest and realistic regarding the chances to bring those to justice who bear the greatest responsibility for the crimes committed in the Ukraine. The enormous investments in war crimes prosecutions might raise wrong expectations and hopes amongst the Ukrainian people, that will most likely be disappointed in the future, when only few will stand trial.

Further, criminal prosecutions are not the most victim centered way to deal with the past. In criminal prosecutions, victims are merely seen as source of information, as witnesses that deliver important bits of evidence to the prosecutors to build a case. Although international criminal investigations have become more victim sensitive in recent years, research shows that investigations and court proceedings can re-traumatize victims and are not necessarily helpful for them to cope with their losses and suffering.<sup>7</sup>



Menschen fliehen aus Irpin, März 2022

Bild: Yaghobzadeh Alfred/ABACA

The sole focus on criminal accountability diverts the attention from other important aspects of transitional justice, that might be more victim sensitive - but less spectacular - such as truth seeking, reparations and the more preventive aspects of dealing with the past, such as legal and institutional reforms, memorialization, vetting.<sup>8</sup>

Some of these measures might not be possible now, in the on-going conflict, but will become more important in the reconstruction phase, while others are already important and relevant now. For instance, far more attention should be given to the treatment of trauma both for civilians but also for armed actors. Trauma that is not taken care of professionally leads to mental health problems and is even likely to cause violent behavior in the future. Maybe, we should send more psychologists to the Ukraine and less war crimes investigators?

Elisabeth Baumgartner

<sup>1</sup> ICC website, information about the investigations in the Ukraine (available at: <https://www.icc-cpi.int/ukraine>).

<sup>2</sup> Eurojust press release, 31 May 2022, Estonia, Latvia and Slovakia become members of joint investigation team on alleged core international crimes in Ukraine (available at <https://www.eurojust.europa.eu/news/estonia-latvia-and-slovakia-become-members-joint-investigation-team-alleged-core-international>).

<sup>3</sup> OHCHR press release, 03 June 2022, Commission of Inquiry on Ukraine to Conduct First Mission to the Country (available at: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/06/commission-inquiry-ukraine-conduct-first-mission-country>).

<sup>4</sup> WHO press release, 7 May 2022, WHO records 100th attack on health care in Ukraine 7 April 2022 (available at: <https://www.who.int/news/item/07-04-2022-who-records-100th-attack-on-health-care-in-ukraine>).

<sup>5</sup> Justin Hendrix, Ukraine May Mark a Turning Point in Documenting War Crimes, Just Security, 28 March 2022 (available at: <https://www.justsecurity.org/80871/ukraine-may-mark-a-turning-point-in-documenting-war-crimes/>).

<sup>6</sup> UN Set of Principles to Combat Impunity (1993) and the Updated Set of Principles to Combat Impunity (2005) (Joinet/Orentlicher Principles).

<sup>7</sup> E.g. Giorciari, John and Heindel, Trauma in the Courtroom, in: Van Schaack et al., Cambodia's Hidden Scars: Trauma Psychology in the Wake of the Khmer Rouge, 2011, 122-147; Rauschenbach, Mina and Scalia, Damien, Victims and international criminal justice: a vexed question? International Review of the Red Cross, Volume 90 Number 870 June 2008. 441-459.

<sup>8</sup> Joint study of the Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence and the Special Adviser to the Secretary-General on the Prevention of Genocide, A/HRC/37/65 (1 March 2018).

## KRIEG HERRSCHT IN EUROPA – WAS LÄSST SICH TUN?

Die SHV hat am 6. April 2022, sechs Wochen nach dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine, zusammen mit der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik SGA eine öffentliche Veranstaltung mit Thomas Greminger durchgeführt. Der frühere OSZE-Generalsekretär und heutige Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik ist der Auffassung, dass es trotz der schrecklichen Ereignisse mittelfristig Raum für kooperative Sicherheit in Europa braucht. Die OSZE könnte der Rahmen dafür sein.



Bild: Franziska Rich

Thomas Greminger stellt zunächst fest, dass die russische Aggression gegen die UNO-Charta und alle Prinzipien der Helsinki-Schlussakte verstösst. Die OSZE war wie die UNO nicht in der Lage, den Krieg zu verhindern. Die Brücken zwischen Russland und dem Westen sind zerstört, das gegenseitige Vertrauen ist auf einem Tiefpunkt. Die Frage stellt sich, ob nach dem heissen Krieg eine Periode des kalten Krieges folgen wird, was Greminger vermutet, und wie es gelingen könnte, sukzessive in Europa wieder zu einer gewissen Sicherheit zu kommen.

Greminger plädiert dafür, Räume für Dialog und Diplomatie zu bewahren und neue zu schaffen. Sicher sollten die bestehenden OSZE-Foren, welche sich mit den Konflikten in Moldawien, Georgien und Armenien/Aserbaidschan befassen, aufrecht erhalten bleiben. Sonst verschlechtert sich die sicherheitspolitische Lage auch dort. Ebenso wichtig sind die Aktivitäten der OSZE-Feldmissionen im Balkan und in Zentralasien, denn sie helfen beim Aufbau dieser Staaten und tragen dazu bei, dass latente Konflikte nicht ausbrechen.

Russland aus der OSZE auszuschliessen, hält Greminger nicht für zielführend. Die Geographie Europas lässt sich nicht ändern. Die Tatsache, dass Russland eine Atommacht ist, auch nicht. Sicherheit in Europa ist ohne Russland nicht denkbar. Allerdings muss Russland die Sicherheit und Souveränität seiner Nachbarn anerkennen und sich wieder zu den OSZE-Prinzipien bekennen.

Mittelfristig sollte wieder über vertrauens- und sicherheitspolitische Massnahmen gesprochen werden. Dazu gehören z.B. Hotlines zwischen Verteidigungsministerien und Armeekommandanten und Informationen über Truppenbewegungen in Grenznähe. Das Wiener Dokument der OSZE von 2011 müsste angepasst werden. Weiter müsste die

Rüstungskontrolle und damit die militärische Risikominderung wieder ein Thema werden. Auch subregionale Abrüstung ist zu diskutieren, z.B. in der Baltischen See oder im Schwarzen Meer – ein Anliegen, dem vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs auch die USA zustimmten, nachdem sie es früher abgelehnt hatten. Insbesondere ist ein erneutes nukleares Wettrüsten zu vermeiden.

Greminger befürwortet den Dialog zunächst zwischen Sicherheitsexperten aus den OSZE-Ländern. Das Zentrum für Sicherheitspolitik in Genf bemüht sich darum, obwohl auch dies im Moment sehr schwierig ist. Vorschläge der Experten sollten später in den politischen Prozess aufgenommen werden. Ob es gelingt, auf das 50-jährige Bestehen der KSZE/OSZE im Jahre 2025 hin die Voraussetzungen zu schaffen, eine hochrangige Regierungskonferenz der Teilnehmerstaaten in Helsinki durchzuführen, ist aber heute völlig offen. Im Moment wäre es schon sehr erstaunlich, wenn wieder Gespräche zu Stande kämen.



Bild: SGA

In der anschliessenden Diskussion auf dem Podium und mit dem Publikum wurden die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland angesprochen. Da gibt es zwar eine gewisse Bereitschaft, sich auf ein Neutralitätsstatut mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu einigen, aber keinerlei Entgegenkommen, was die territorialen Forderungen Russlands betrifft. Gefragt wurde auch nach der Rolle der Schweiz. Greminger denkt, dass die Schweiz gegenwärtig keine Vermittlungsdienste leisten, aber mittelfristig durchaus friedenspolitische Aktivitäten anbieten kann.

Christoph Lanz

*Sie können die Veranstaltung vom 6. April 2022 auf unserer Webseite [www.shv-ch.org](http://www.shv-ch.org) unter Aktuell nachhören.*

## WE MAKE DEMOCRACY!

**We Make Democracy!** Ist ein internationales Projekt zur Förderung der Inklusion, zur Entwicklung eines internationalen Netzwerks und zur Ermunterung der gesellschaftlichen Beteiligung der Jugend in den Ländern des Westbalkans und in der Schweiz. Es wurde von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) zusammen mit lokalen Partnerorganisationen und Expert\*innen lanciert und bringt Jugendliche aus 9 Ländern des Westbalkans und der Schweiz zusammen. Wir haben im Rundbrief vom Februar 2022 (S. 7) über die Methoden und Ziele des Projekts sowie über die ersten Veranstaltungen orientiert. Im Folgenden berichtet der Projektleiter über die nächsten zwei Veranstaltungen.

Im Frühling 2022 fanden zwei thematische Veranstaltungen (sogenannte Site visits) im Rahmen des Projekts „We Make Democracy!“ statt: Eine davon in Bosnien-Herzegowina, die zweite in Albanien. Die beiden Veranstaltungen waren eine Fortsetzung der Projekte, die im September 2021 in der Schweiz initiiert worden waren. Sie stellen den vorletzten Schritt des bis Dezember 2022 dauernden Projektes dar.

### Zweite thematische Vertiefung in Zenica (Bosnien-Herzegowina)

Für die zweite thematische Veranstaltung des Projekts «We Make Democracy!» traf sich eine Gruppe von rund 30 Teilnehmer\*innen und Trainer\*innen während fünf Tagen in März 2022 in Zenica (BiH). In Zusammenarbeit mit RadiYo Active Zenica, einer Partnerorganisation der SAJV, beschäftigten sich die Teilnehmer\*innen mit dem Thema Digitalisierung und den vielen Möglichkeiten, die diese für die Förderung von Aktivismus bietet. Dank weniger strengen COVID-Massnahmen war das Programm sehr abwechslungsreich: Von der intensiven Zusammenarbeit im Studio, über einen Tagesausflug in die Hauptstadt Sarajevo, bis hin zum persönlichen Austausch mit lokalen Organisationen (Schüler Helfen Leben, Bosnian National Theater Zenica, War Child Museum Sarajevo, Führung durch das Bilino Polje-Stadion) war alles dabei. Gemeinsam mit den Trainer\*innen, Partnerorganisationen und verschiedenen Speakers haben es die Teilnehmer\*innen geschafft, ein eigenes Feedback-Tool zu erstellen, sowie einen Podcast zum Thema Inklusion zu produzieren und zu streuen: EduAction.

- [We Make Democracy Podcast | EduAction #1 | Klemen Balanč - YouTube](#)
- [We Make Democracy | EduAction #2 | Ana Marija Lukenda - YouTube](#)
- [We Make Democracy | EduAction #3 | Damjan Vinko - YouTube](#)
- [We Make Democracy | EduAction #4 | Nežka Agnes Vodeb - YouTube](#)

### Dritte thematische Vertiefung in Durrës (Albanien)

Die dritte und letzte thematische Veranstaltung des Projekts «We Make Democracy!» endete am 15. Mai in Durrës. In Zusammenarbeit mit Perspektiva,

einer weiteren Partnerorganisation der SAJV, hat sich eine Gruppe von rund 30 Teilnehmer\*innen über das Thema der versteckten Diskriminierung ausgetauscht. Unter dem Titel «Spot the blind spot» arbeiteten die Teilnehmer\*innen mehrere Tage lang an der Fertigstellung ihres Projekts und trafen dabei unter anderem mehrere wichtige Akteur\*innen der albanischen Zivilgesellschaft, die in den Bereichen Antidiskriminierung, Hate Speech und Jugendförderung tätig sind: Tirana European Youth Capital und Beyond Barriers.



Gruppenfoto mit den Teilnehmer\*innen und Trainer\*innen in Durrës  
Bild: SAJV

### Was kommt noch?

Die Teilnehmer\*innen, Trainer\*innen, Geldgeber\*innen (Movetia und DEZA) und alle Beteiligten am Projekt haben sich in den letzten 14 Monaten unermüdlich engagiert. Es hat sich gelohnt: Trotz COVID, der geographischen Distanz, einer Flugstornierung und gescheiterten Visumanträgen sind die Produkte nun in der Abschlussphase. Beispielsweise fand am 26. Mai 2022 eine erste Vorstellung statt, bei der eine Gruppe von Teilnehmer\*innen online ihre Broschüre EduAction vorgestellt hat. Die site visits sind nun vorbei, die letzte Abschlussveranstaltung wird in Richterswil vom 21. bis 25. September 2022 stattfinden. Dort wird es um folgende Ziele gehen: 1) die Methodologie und Erkenntnisse des Projekts zu teilen und zu verbreiten; 2) die Öffentlichkeit für unsere Schwerpunktthemen zu sensibilisieren; 3) das Netzwerk zu stärken; 4) die Ideen und das Interesse für ein Nachfolgeprojekt zu identifizieren und zu präsentieren.

Simon Dousse, Projektleiter

## SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg - Vermerk Spende

Die QR-Rechnung wird schweizweit eingeführt. Sie wird die bisherigen roten und orangen Einzahlungsscheine per 30. September 2022 ersetzen. Auch mit QR-Einzahlungsscheinen können Sie über Ihren gewohnten Kanal bezahlen: per E-Banking, per Zahlungsauftrag an Ihre Bank, am Postschalter oder am Einzahlungsautomaten. Der QR-Code enthält alle wichtigen Zahlungsinformationen und ist digital lesbar – zum Beispiel mit dem Smartphone oder einem Belegleser.

## SHV-VORSTAND

**Christoph Lanz**, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*  
*christoph.lanz@shv-ch.org*

**Marie-Ursula Kind**, lic. iur., LL.M., Theologin, ehemalige juristische Mitarbeitende des ICTY,  
*Vizepräsidentin*  
*marie.ursula.kind@gmail.com*

**Michèle Häfliger**, B.A. Osteuropastudien, Masterstudentin an den Universitäten Bern und Fribourg,  
*michelemariahaefliger@gmail.com*

**Fabian Hunold**, lic.phil., Diplomat  
*fabianhunold@gmail.com*

**Berry Kralj**, lic.iur, Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section,  
Caritas Schweiz  
*berrykralj@bluewin.ch*

**Daniel Müller**, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Kanton Zürich  
*daniel.mueller@alumni.unifr.ch*

**Paulina Piotrowska-Motyka**, Übersetzerin  
*piotrowska-motyka@gmail.com*

**Franziska Rich**, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Institut  
G2W-Ökumenisches Forum  
*franziska.rich@gmail.com*

**Nicholas Rüegg**, B.A. in Übersetzung und mehrsprachiger Kommunikation  
*nicholas.rueegg@unifr.ch*

**Hanspeter Spörri**, Journalist und Moderator  
*h.spoerri@bluewin.ch*

**Rolf Stücheli**, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA  
*roky.stuecheli@bluewin.ch*

**Sybille Suter**, lic.iur., ehem. Botschafterin der Schweiz in Nordmazedonien  
*Sybille.suter@pesy.ch*

## EHRENPRÄSIDIUM

**Marianne von Grünigen**, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

## SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

**SHV-Sekretariat**, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg  
062 888 01 75, *info@shv-ch.org*, *www.shv-ch.org*